



# Rundbrief

Oktober 2023



Die Menschen in Kirgistan stehen unter dem Banner des Staates

Bild Michèle Häfliger

## Liebe Leserin, lieber Leser

In den letzten Rundbriefen haben wir uns ausführlich mit der menschenrechtlichen Situation in der Ukraine und in Russland befasst, oft in Zusammenhang mit dem Aggressionskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt. In diesem Rundbrief wollen wir den Fokus auf Zentralasien richten. Zu Beginn der 1990er Jahre wurden die vormaligen Sowjetrepubliken selbständige Staaten und Mitglieder der UNO sowie weiterer internationaler Organisationen. Mit Unterstützung der Weltbank und zahlreicher staatlicher und privater Organisationen, auch aus der Schweiz, wurde die Entwicklung dieser Länder gefördert. Die OSZE hat in allen Staaten Feldmissionen gegründet, auch mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft zu stärken und Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte zu verbessern. Lesen Sie, was **Dominik Rastinger**, Mitarbeiter der OSZE-Feldmission in Kirgistan und guter Kenner der Verhältnisse in der gesamten Region, über die Aktivitäten der OSZE schreibt.

Unser Vorstandsmitglied **Michèle Häfliger** ist soeben aus Bischkek zurückgekehrt, wo sie während eines halben Jahres gearbeitet hat. Sie bietet einen Überblick über die menschenrechtliche Lage in den zentralasiatischen Staaten. Leider ist diese nicht erfreulich: Überall werden die Menschenrechte eingeschränkt und die Tätigkeiten der NGOs erschwert.

In der Schweiz ist im Mai 2023 die **Schweizerische Menschenrechtsinstitution SMRI** gegründet worden – nach einer langen Schwangerschaft und einigen Geburtswehen. Die SHV hat sich in den letzten Jahren aktiv dafür eingesetzt. Wir freuen uns über die Gründung und hoffen, die SMRI wird die Erwartungen erfüllen können.

Schliesslich können wir in eigener Sache einen Erfolg melden: Die SHV beteiligt sich an einem neuen Projekt im Westbalkan **«We make Democracy! - Academy»**. Die SHV wird 2024 in Bosnien Herzegowina ein

selbständiges **Modul zum Thema «Peace Building and Conflict Transformation»** organisieren. JugendarbeiterInnen aus 8 Staaten des Westbalkans werden sich zu einem Training treffen und lernen, wie sie Jugendliche darin unterstützen können, aktiv an der Gestaltung demokratischer Prozesse teilzunehmen. Unsere Projektleiterin und Vizepräsidentin **Marie-Ursula Kind** berichtet.

Wir wünschen Ihnen eine gute Zeit.

Christoph Lanz, Präsident

## ZENTRALASIEN ALS INSEL DER SELIGEN?<sup>1</sup>

**2025 feiert die Schlussakte von Helsinki ihren 50. Geburtstag. Jedoch befindet sich die OSZE in einer multiplen Existenzkrise, die von Interessenskonflikten und institutionellem Stillstand geprägt ist. Seit Jahren fällt es den 57 teilnehmenden Staaten zunehmend schwerer, sich auf ein Budget oder auf die vier höchsten Ämter der Organisation zu einigen. Bisher konnte auch noch kein Konsens darüber gefunden werden, welches Land die OSZE nächstes Jahr als Vorsitz anführen soll. Zentralasien sticht als strategisch wichtige Region innerhalb der Organisation hervor. Dort hat die OSZE die Möglichkeit, sich als Dialogforum zu reetablieren und Vertrauen zwischen den Staaten aufzubauen, was sich positiv auf die gesamte OSZE-Region auswirken könnte.**



Stadt aus dem Nichts - Astana

Bild Dominik Rastinger

Während in anderen OSZE-Regionen offen ausgetragene Konflikte den Alltag dominieren und Feldmissionen geschlossen werden, sitzt die OSZE in Zentralasien fest im Sattel. 1992 wurden alle fünf ehemaligen Sowjetrepubliken nach längeren Verhandlungen zur KSZE zugelassen. In Anbetracht des kooperativen Sicherheitsverständnisses sollte kein Nachfolgestaat der Sowjetunion aus diesem Prozess ausgeschlossen werden. Die OSZE ist mit Feldmissionen seit 1999 in jedem der fünf Länder ununterbrochen vertreten, trotz mehrerer Mandatsänderungen, wie zuletzt im Jahre 2017 in Kirgisistan und Tadschikistan<sup>2</sup>. Die OSZE deckt vor Ort alle Bereiche des breiten Sicherheitsverständnisses der Organisation ab (politisch-militärische Dimension; Wirtschafts- und Umweltdimension;

menschliche Dimension). Das Hauptaugenmerk liegt vorwiegend auf der friedlichen Streitbeilegung, Konfliktverhütung, Bekämpfung transnationaler Bedrohungen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, dem Umweltschutz, der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, dem Einsatz für Toleranz in multiethnischen Gesellschaften sowie der Förderung von Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten.

Die OSZE ist eine zentrale internationale Organisation in der Region, da trotz der aufstrebenden Konkurrenz anderer regionaler Akteure wie der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit nur sie alle fünf Staaten Zentralasiens am Tisch sitzen hat. Die OSZE muss sich aber bemühen, um gegenüber den anderen regionalen Sicherheitsarchitekturen nicht ins Hintertreffen zu geraten. Um den leidigen Trend, das Vorhandensein einer Feldmission als entwicklungspolitischen Makel anzusehen, und das sogenannte „forum shopping“ einzudämmen, braucht es neue innovative Ansätze, mehr Gespräche auf höchster Ebene, strategische regionale Planung und eine Erhöhung des Budgets sowie der menschlichen Ressourcen der Feldmissionen. Die OSZE hat sich ihren Ruf als multilateraler Referenzpunkt für die Länder Zentralasiens hart erarbeitet und gilt als Organisation mit viel Expertise in den unterschiedlichsten Bereichen, einschließlich des regionalen Grenzmanagements, der Wasser- und Energiesicherheit und der allgemeinen

<sup>1</sup>Dieser Artikel ist ein Ausschnitt einer längeren Fassung. Um den ganzen Text zu lesen, klicken Sie bitte auf den Hyperlink in der Überschrift (<https://pdf.ac/2rC7qn>).

<sup>2</sup> Nur am Rande sei erwähnt, dass der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, eines der wichtigsten OSZE-Ämter, gegenwärtig von einem ehemaligen kasachischen Spitzendiplomaten, Kairat Abdrakhmanov, bekleidet wird und dass 2010 das bis dato letzte Gipfeltreffen der Organisation in Astana stattfand.

Unterstützung der Zivilgesellschaft. Neue Thematiken wie die Bekämpfung transnationaler Bedrohungen, insbesondere des Terrorismus und gewaltsamen Extremismus, und der Klimawandel gewinnen immer mehr an Bedeutung. Vor allem wünschen sich die Länder Zentralasiens mehr Unterstützung, um mit den Auswirkungen der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan umzugehen. Ferner ist der wachsende geopolitische und wirtschaftliche Einfluss Chinas auf Zentralasien bemerkenswert. Da die Volksrepublik weder teilnehmender Staat noch Partner für Kooperation der OSZE ist, ist es wichtig, an einer Strategie zu arbeiten, die einen pragmatischen und integren Umgang mit China ermöglicht und das kooperative Sicherheitsverständnis der OSZE nicht untergräbt.



Vorgegebener Weg im ruralen Turkmenistan

Bild Dominik Rastinger

Es wäre wohl ratsam, dass sich die OSZE zunächst auf die „tiefhängenden Früchte“ innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklung und auf Umweltfragen fokussiert. Langfristig sind die Programme zur verantwortungsbewussten Regierungsführung, zum politischen und gesellschaftlichen Pluralismus und zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards zu intensivieren. Vor allem Instrumente wie die OSZE Akademie oder das Central Asia Youth Network können ideale Plattformen sein, um zukünftige Führungspersonlichkeiten der Region mit der Organisation und ihrem kooperativen Sicherheitskonzept vertraut zu machen.

Zentralasien ist sowohl von der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan als auch dem internationalen bewaffneten Konflikt in der Ukraine stark betroffen. Der weitere Ausbau der kooperativen Sicherheit bietet eine ideale Chance für die OSZE, eine koordinierende Rolle zwischen unterschiedlichen Akteuren der internationalen Gemeinschaft und einflussreichen Staaten außerhalb der Region zu spielen. Darüber hinaus könnte die OSZE noch stärker als Vermittlerin beim innerzentralasiatischen Dialog zwischen Regierungsvertretern sowie mit den jeweiligen Zivilgesellschaften in Erscheinung treten. Sie sollte dabei beachten, nicht nur außerregionale Prinzipien und Verfahren auf Zentralasien zu übertragen, sondern sich intensiv mit den besonderen historisch-kulturellen Bedingungen vor Ort auseinanderzusetzen. Das wachsende Interesse an der Region wird auch dadurch signalisiert, dass sich die Staatsoberhäupter von Ländern wie den USA, Deutschland, Japan, Russland und China bei Gipfeltreffen mit den fünf zentralasiatischen Präsidenten aktuell die Klinke in die Hand geben.

Trotz institutioneller Schwierigkeiten und konträrer Positionen der teilnehmenden Staaten kann die OSZE erfolgreich in die Zukunft geführt werden. Ihre Flexibilität und Geschichte macht sie zum logischen Forum für einen echten und offenen Dialog zu Sicherheitsfragen. Ein vertiefender Fokus auf Zentralasien könnte helfen, Vertrauen und Synergien zu bilden, von der die OSZE auch in anderen Regionen profitieren könnte.

Dominik Rastinger, Senior Political Adviser,  
Bischkek\*

\* Dieser Artikel vertritt die persönliche Meinung des Autors und kann nicht mit seiner offiziellen Funktion in Verbindung gebracht werden. Die OSZE trägt für den Text keinerlei Verantwortung, insbesondere nicht für die Richtigkeit, den Wahrheitsgehalt oder die Gültigkeit der von ihm verwendeten Informationen.

## FORTSCHREITENDE EINSCHRÄNKUNG DER MENSCHENRECHTE IN ZENTRALASIEN

**Die Menschenrechte in Zentralasien sind zunehmend bedroht. Selbst in Kirgistan, wo die Freiheitsrechte am weitesten gewährleistet sind, werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zunehmend eingeschränkt. NGOs werden in ihren Tätigkeiten mehr und mehr reglementiert und behindert. Vorbild sind allzu oft russische Gesetze, die unter Putins Regime erlassen worden sind. Doch auch sonst gestaltet sich die Situation äusserst kritisch.**

**Kirgistans Weg in die Autokratie**  
Bildung, Medien und Medizin, Men-

schensrechtsarbeit, öffentliche Verwaltung – in Kirgistan gibt es fast keinen Bereich, in dem nicht

gemeinnützige Organisationen tätig sind. Die rund 30'000 registrierten NGOs sind unter anderem auf die Armut des Staates zurückzuführen, der seinen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung nicht nachkommen kann und seit 30 Jahren aktiv die Hilfe internationaler Geldgeber in Anspruch nimmt. Ein Nebeneffekt davon war bisher eine lebendige Zivilgesellschaft, eine für Zentralasien rare Diskussionsfreiheit sowie ein hohes Maß an Selbstorganisation der Bevölkerung.

Das alles ist zunehmend bedroht. 2022 verbot die aktuelle Regierung öffentliche Kundgebungen, verhaftete Dutzende regimekritische Personen aus fadenscheinigen Gründen und übernahm ein umstrittenes Mediengesetz aus Russland, durch das unerwünschte Medien ohne Gerichtsverfahren geschlossen werden können. Diesen Herbst wird zudem ein von Russland inspiriertes Gesetz zu „ausländischen Agenten“ verabschiedet, dessen Bedingungen nahezu unmöglich zu erfüllen sind. Jede Organisation, die Geld aus dem Ausland erhält und sich im weitesten Sinne an „politischen Aktivitäten“ beteiligt, wird zum ausländischen Agenten und wird verpflichtet, alle sechs Monate über Vermögen, Finanzierungsquellen und deren Verwendung zu berichten. Bei Unstimmigkeiten werden sämtliche Aktivitäten ausgesetzt und Strafverfahren eingeleitet.



Osch-Basar in Bishkek, Kirgistan Bild Michèle Häfliger

### **Kasachstan beschneidet Stück für Stück die Freiheitsrechte**

Im Gegensatz zu Kirgistan ist Kasachstan seit der Unabhängigkeit 1991 eine konsolidierte Autokratie; die Tendenzen bleiben jedoch dieselben. Formal erhalten NGOs staatliche Unterstützung, aber tatsächlich erhalten diese nur GONGOs (vom Staat gegründete NGOs). NGOs mit ausländischer Finanzierung sind verpflichtet, den Steuerbehörden Berichte vorzulegen, vorgeblich zur «Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus». Dies ermöglicht der

Regierung, unerwünschte Organisationen nach russischem Vorbild zu schließen.

Bisher wagten die kasachischen Behörden nicht, die repressiven russischen Gesetze vollständig zu kopieren: Die kasachische Bevölkerung ist weniger loyal gegenüber Russland und viele sind mit Präsident Kasym-Dschomart Tokajew unzufrieden, insbesondere nach dem gewaltsamen Vorgehen im Januar 2022.

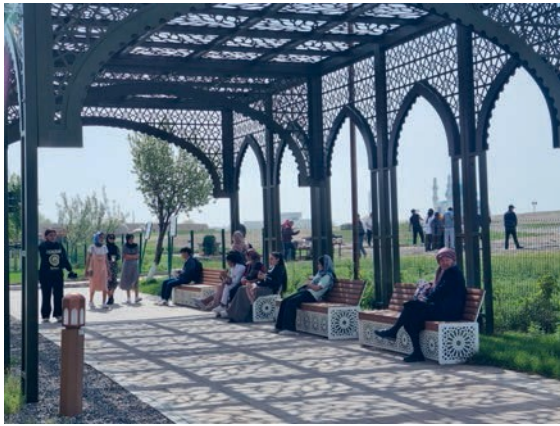
### **Usbekistan: NGOs unterwandert**

Insgesamt ist die Situation der bürgerlichen Freiheiten in Usbekistan alles andere als günstig. Obwohl die Medien seit dem Tod des langjährigen Diktators Islam Karimov im Jahr 2016 freier und die Wirtschaft liberaler geworden sind, bleiben Rede- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Darüber hinaus ist Usbekistan eines von nur zwei Ländern der ehemaligen Sowjetunion, in denen Homosexualität unter Strafe steht.

Zwar besteht kein Gesetz zu «ausländischen Agenten», aber trotz der allgemeinen Demokratisierung unterscheiden sich die NGO-Reglementierungen kaum von denen in den Nachbarländern. Der Staat hat NGOs infiltriert und mischt sich direkt in die Angelegenheiten «unabhängiger» NGOs ein. Bereits vor der Akkreditierung werden NGOs langen Sicherheitskontrollen unterzogen und Auslandsreisen ihrer Vertretenden müssen gemeldet werden. Gleichzeitig ist jede Organisation verpflichtet, mit dem Innenministerium und den Behörden «partnerschaftlich» zusammenzuarbeiten – de facto eine regelmäßige Berichterstattung. Dennoch kämpfen NGOs um ihre Registrierung und den Erhalt von Zuschüssen.

### **Tadschikistan, ein Albtraum für Menschenrechtsverteidiger**

Die meisten der 2'500 NGOs in Tadschikistan sind vollständig von externen Spenden abhängig, doch die Zuwendungen schwinden aufgrund der wachsenden staatlichen Kontrolle. Die Stigmatisierung ist ein weiteres Problem: Staatliche Propaganda setzt NGOs mit «regierungsfeindlichen» Organisationen gleich und schafft so eine Atmosphäre des Argwohns und des Misstrauens. Auch Tadschikistan kennt ein Gesetz gegen «ausländische Agenten», das NGOs verpflichtet, jährlich über ihre Aktivitäten Bericht zu erstatten und Zuwendungen beim Justizministerium zu registrieren, das diese blockieren kann. Steuerbeamte führen ständig Kontrollen durch, verhängen Geldstrafen und verhaften Mitarbeitende.



Menschen in Türkistan, südliches Kasachstan  
Bild Michèle Häfliger

Auch in Bezug auf bürgerliche Freiheiten ist die Situation in Tadschikistan schlechter als in anderen Staaten Zentralasiens. Anwälte werden eingeschüchtert, damit sie sich weigern, Opfer politischer Repressionen zu verteidigen; Journalisten und Bloggerinnen, die zu prinzipienfest scheinen, werden bedroht, misshandelt und inhaftiert. Ausserdem ist eine nicht-heterosexuelle Orientierung mit einem Risiko für Leben und Gesundheit verbunden; die Strafverfolgungsbehörden machen eine regelrechte Jagd auf LGBT- Menschen.

### Turkmenistan und die totale Kontrolle der Regierung

Turkmenistan steht in Hinblick auf Menschenrechte noch schlechter da als die bisher genannten Staaten. Fast alle Lebensbereiche werden seit der Unabhängigkeit 1991 staatlich kontrolliert und dieser Trend verstärkt sich noch: Frauen ist es neuerdings verboten, sich zu schminken oder ein Auto zu lenken, Menschen werden grundlos an einer Ausreise gehindert oder bei einer erneuten Einreise schikaniert, selbst Bildungsinstitutionen dienen vornehmlich der Weitergabe staatlicher Propaganda und der Huldigung des Präsidenten.

Dieselbe Funktion übernehmen auch die Medien, welche ausschliesslich staatlich sind. Alternative Möglichkeiten, sich zu informieren, sind dürftig: das Internet unterliegt starker Zensur oder fällt auch ganz aus. Turkmenische NGOs schliesslich sind praktisch inexistent und auch internationalen Organisationen wird die Arbeit erschwert: ihre Tätigkeiten werden von der Regierung überwacht und bei Bedarf eingeschränkt.

Michèle Häfliger

## SCHWEIZERISCHE MENSCHENRECHTSINSTITUTION SMRI – WAS LANGE WÄHRT, WIRD ENDLICH...GEGRÜNDET

**Seit mehr als 20 Jahren haben sich die Schweizerischen Menschenrechtsorganisationen dafür eingesetzt, dass in der Schweiz eine nationale Menschenrechtsinstitution geschaffen wird – entsprechend der von der UNO-Generalversammlung 1993 verabschiedeten Resolution 48/134, den sog. «Pariser Prinzipien». Am 23. Mai 2023 war es soweit: die Schweizerische Menschenrechtsinstitution SMRI wurde gegründet. Die Gründungsmitglieder, darunter auch die SHV, haben die Statuten beschlossen sowie eine Präsidentin und einen Vorstand gewählt, die sich nun daran machen, die SMRI aufzubauen.**

Die Schweiz hat sich viel Zeit genommen, eine von den Behörden unabhängige Institution zu schaffen, welche beauftragt ist, die Menschenrechtsslage zu beobachten, zu erforschen, zu dokumentieren, als Beratungsorgan für staatliche Organe und Private zur Verfügung zu stehen und durch Ausbildung, Sensibilisierung und Zusammenarbeit die Menschenrechte zu fördern. Wir haben in den Rundbriefen vom Oktober 2020, Oktober 2021 sowie Februar 2023 ([www.shv-ch.org](http://www.shv-ch.org)) über die vorletzten Schritte informiert. Die SHV beteiligte sich als Mitglied der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz zusammen mit anderen Organisationen wie Amnesty International aktiv an der Kampagne

für die nationale Menschenrechtsinstitution, zuletzt im parlamentarischen Verfahren.

Nachdem National- und Ständerat die gesetzlichen Bestimmungen mit klaren Mehrheiten angenommen hatten, wurde anfangs 2022 eine Arbeitsgruppe geschaffen, welche die Gründung der SMRI vorzubereiten hatte. Die Arbeitsgruppe bestand aus Fachpersonen sowie aus VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft. Sie wurde durch die Sektion Menschenrechtsdiplomatie der Abteilung für Frieden und Menschenrechte des EDA koordiniert, und es nahmen auch VertreterInnen der Konferenz der

Kantone teil. Die Arbeitsgruppe bereitete insbesondere einen Entwurf der Statuten der zukünftigen Institution vor. Darin finden sich allgemeine Grundsätze wie die Unabhängigkeit und Vertraulichkeit, Bestimmungen über die Organisation der SMRI, über die Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung, des Vorstands und der Direktion, Regeln über Abstimmungen und Wahlen sowie über die Finanzen. Ferner hatte die Arbeitsgruppe den Auftrag, Personen für den Vorstand zu identifizieren und der Gründungsversammlung vorzuschlagen. Einschliesslich Präsidium können nach den Statuten fünf bis neun Personen dem Vorstand angehören. Die Arbeitsgruppe hat bewusst nur sechs Personen vorgeschlagen, um einer zukünftigen Mitgliederversammlung zu ermöglichen, den Vorstand zu ergänzen, je nach den Erfahrungen der ersten Zeit.



Abstimmung über die Statuten

Bild EDA

An der Gründungsversammlung vom 23. Mai 2023 in Bern nahmen etwas mehr als 100 zukünftige Mitglieder teil, sowohl natürliche Personen als auch VertreterInnen von juristischen Personen. Die Vorbereitungen der Arbeitsgruppe erwiesen sich als sehr solid, denn die Statuten wurden mit grosser

Mehrheit angenommen und alle vorgeschlagenen Vorstandsmitglieder wurden ebenfalls mit grossen Mehrheiten gewählt. Präsidentin wurde Raphaela Cueni, Assistenzprofessorin für Verwaltungsrecht an der Universität St. Gallen. Sie hat an verschiedenen Universitäten in der Schweiz und den USA über menschenrechtliche Themen geforscht und gelehrt. Unter den fünf weiteren Vorstandsmitgliedern befindet sich Matthias Hui, der bisherige Koordinator der NGO-Arbeitsgruppe Menschenrechte und Mitarbeiter von humanrights.ch, mit dem die SHV seit vielen Jahren in verschiedenen Fragen und Projekten ausgezeichnet zusammengearbeitet hat.

Der Vorstand hat nun die anspruchsvolle Aufgabe, die SMRI aufzubauen und für die ersten inhaltlichen Tätigkeiten vorzubereiten. Sie hat bereits die Stelle einer Direktorin/eines Direktors öffentlich ausgeschrieben. Sobald diese Stelle besetzt sein wird, wird die Geschäftsstelle personell und organisatorisch bestellt. In Fribourg, dem zukünftigen Sitz der SMRI, müssen die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die SMRI zu arbeiten beginnen kann. Damit ist nicht vor 2024 zu rechnen.

Die der SMRI zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind sehr bescheiden. Die NGO-Arbeitsgruppe hatte sich erfolglos für eine grosszügigere Finanzierung eingesetzt. Die Geschäftsstelle und der Vorstand werden nun gefordert sein, dem umfassenden gesetzlichen Aufgabenkatalog mit den begrenzten Mitteln gerecht zu werden. Es ist zu hoffen, dass die SMRI zu einer wichtigen Institution wird, um die Menschenrechte in der Schweiz zu schützen und weiter zu entwickeln.

Christoph Lanz

## RÜCKTRITT AUS DEM VORSTAND

Nicholas Rüegg, Vorstandsmitglied seit Februar 2018, ist zurückgetreten. Er hat damals einige Kolleginnen und Kollegen motiviert, sich ebenfalls für die Schweizerische Helsinki Vereinigung zu engagieren und war stets ein aktives Mitglied an den Vorstandssitzungen. Mehrmals hat er Schulbesuche

organisiert und Beiträge für den Rundbrief geschrieben. Nun möchte er sein ausserberufliches Engagement auf andere Aktivitäten ausrichten. Wir bedanken uns bei Nicholas für seinen Einsatz für die Schweizerische Helsinki Vereinigung und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

## NEUES PROJEKT IM WESTBALKAN

Die SHV organisiert in Zusammenarbeit mit der in Sarajevo basierten Stiftung Schüler Helfen Leben (SHL) ein Training für Jugendarbeiter\*innen und Jugendaktivist\*innen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Slowenien und der Schweiz zum Thema peacebuilding und conflict transformation.



Gruppenarbeit am ersten Training in Lausanne

Bild B. Zeller

Das Training ist ein selbständiges Modul in einer Serie von neun Trainingsangeboten unter dem Titel «We make Democracy! – Academy», welche die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbände (SAJV) im Zeitraum 2023 – 2025 zusammen mit dem Partnernetzwerk in verschiedenen Ländern im Westbalkan durchführt

(<https://www.sajv.ch/de/projekte/we-make-democracy>). Die «We make Democracy! – Academy» startete erfolgreich am 14.-17. September 2023 in Lausanne mit einer ersten Trainingseinheit.

Das von der SHV konzipierte Training wird im Oktober 2024 in Sarajevo, Bosnien und Herzegowina, stattfinden. Es wird vier Tage dauern (exkl. Anreise- und Rückreisetag). Teilnehmen werden 20 Jugendarbeiter\*innen aus verschiedenen Ländern des Westbalkans sowie aus der Schweiz. Expert\*innen führen sie in die Thematik von peacebuilding und conflict transformation ein und unterstützen sie bei der Erarbeitung eines Theaterstücks, welches am letzten Projekttag aufgeführt wird. Vorgeesehen ist auch ein Besuch der Stadt Mostar, die im Krieg 1993 stark zerstört und deren Wiederaufbau zum Sinnbild des erhofften Friedens wurde.

### Ziele des Trainings

Das Erlernen einer Methode für Jugendarbeiter\*innen für ihre Arbeit mit Jugendlichen im Bereich peacebuilding und conflict transformation. Konkret: Theaterspielen und Rollenspiele

- Das Erarbeiten eines Toolkits mit entwickelten Lernelementen, Modulplänen und vielem mehr
- Das Training gibt die Möglichkeit für Interkulturelles und Peer2Peer-Lernen
- Die Teilnehmenden führen und erstellen ein Lernjournal und reflektieren das Gelernte sowie die interkulturelle Zusammenarbeit
- Die Vernetzung von Schweizer Jugendarbeiter\*innen und Diaspora mit Jugendarbeiter\*innen im Westbalkan

### Inhalt des Trainings

Das Training soll Jugendarbeiter\*innen und Jugendaktivist\*innen Methoden und Fähigkeiten vermitteln, mit Jugendlichen in der Thematik peacebuilding und conflict transformation zu arbeiten. Ein konstruktiver Umgang mit diesen Themen fördert die Möglichkeit junger Menschen, sich in einem lähmenden post conflict-Kontext aktiv für Demokratie und Frieden einzusetzen und ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. Das Projekt will damit ein Zeichen der Hoffnung setzen angesichts der beträchtlichen Zahl junger Menschen, die den Westbalkan und insbesondere Bosnien und Herzegowina verlassen, weil sie für sich dort keine Zukunft sehen.

Das Training besteht aus zwei Schwerpunkten: Einerseits setzen sich die Teilnehmenden mit Hilfe von internationalen und lokalen Expert\*innen mit den Ansätzen von peacebuilding und conflict transformation auseinander. Andererseits bietet die Trainingseinheit für die Jugendarbeiter\*innen und Jugendaktivist\*innen die Möglichkeit, methodisch-didaktische Fähigkeiten für ihre Arbeit mit Jugendlichen zu erlernen. Die Teilnehmenden erarbeiten Kompetenzen eines\*r Trainer\*in, womit sie bei Projektende befähigt sind, Jugendliche auf dem Weg zu einer reflektierten Teilnahme an peacebuilding- und Demokratie-Prozessen zu begleiten.

Die im Modul zu peacebuilding und conflict transformation erarbeiteten Lernmaterialien werden in Form eines Toolkits dem übergeordneten Projekt «We make Democracy! – Academy» zur Verfügung gestellt.

## Ausblick

Für den Sommer/Herbst 2025 plant die SHV in Zusammenarbeit mit der SAJV eine Sommerschule. Dabei werden die Teilnehmenden mit Jugendlichen

aus den Partnerländern zusammenkommen und die im Verlauf des Projekts gelernten Fähigkeiten sowie das erarbeitete Toolkit anwenden.

Marie-Ursula Kind

## SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.



PC-Konto 80-60501-5 / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg - Vermerk Spende

Die QR-Rechnung wurde schweizweit eingeführt. Auch mit QR-Einzahlungsscheinen können Sie über Ihren gewohnten Kanal bezahlen: per E-Banking, per Zahlungsauftrag an Ihre Bank, am Postschalter oder am Einzahlungsautomaten. Der QR-Code enthält alle wichtigen Zahlungsinformationen und ist digital lesbar – zum Beispiel mit dem Smartphone oder einem Belegleser.

## SHV-VORSTAND

**Christoph Lanz**, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*  
[christoph.lanz@shv-ch.org](mailto:christoph.lanz@shv-ch.org)

**Marie-Ursula Kind**, lic. iur., LL.M., Theologin, ehemalige juristische Mitarbeitende des ICTY, *Vizepräsidentin*

**Natascha Cerny Ehtesham**, M.A., Stv. Direktorin, Museum Cerny. Contemporary circumpolar art

**Michèle Häfliger**, M.A. Eastern European Studies, Doktorandin Universität Bern

**Fabian Hunold**, lic.phil., Diplomat

**Berry Kralj**, lic.iur., Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section, Caritas Schweiz

**Daniel Müller**, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Kanton Zürich

**Franziska Rich**, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Institut G2W-Ökumenisches Forum

**Hanspeter Spörri**, Journalist und Moderator

**Rolf Stücheli**, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA

**Sybille Suter Tejada**, lic.iur., ehem. Botschafterin der Schweiz in Nordmazedonien

**Berenika Zeller**, M.A. Eastern European Studies, Doktorandin Universität Bern

## EHRENPRÄSIDIUM

**Marianne von Grünigen**, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

## SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

**SHV-Sekretariat**, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg  
062 888 01 75, [info@shv-ch.org](mailto:info@shv-ch.org), [www.shv-ch.org](http://www.shv-ch.org)